

Straßburg, 16. Dezember 2008

## Pressemitteilung 82-08

Andreas Schwab(CDU):

### **Schweiz kommt in Steuerstreit auf EU zu**

Geplante Unternehmenssteuerreform sieht Änderung kritisierter Steuerpraktiken vor

"Mit dem von Finanzminister Merz letzte Woche vorgelegten Vorschlag zur Unternehmenssteuerreform erfüllt die Schweiz erhebliche Forderungen der EU und macht einen wichtigen Schritt in Richtung Beilegung des anhaltenden Steuerstreits" so der südbadische Europaabgeordnete Andreas Schwab, der Mitglied der Schweizdelegation im EU-Parlament ist. Mit der geplanten Reform werde der Weg geebnet für einen "Steuerwettbewerb mit gleichlangen Spießen", der "frei sei von sachlich nicht gerechtfertigten Ungleichbehandlungen von Erträgen".

Als wichtigste Eckpunkte des Pakets soll einerseits der Status der Verwaltungsgesellschaft, besser bekannt als "Briefkastenfirma", abgeschafft werden. Andererseits soll es Holdinggesellschaften in Zukunft untersagt werden, eine Geschäftstätigkeit im Ausland zu unterhalten. Ein Widerspruch des status quo zum Freihandelsabkommen mit der EU wird aber weiterhin nicht anerkannt.

"Der Schweizerische Bundesrat weist klar darauf hin, dass diese Änderungen im eigenen Interesse und nicht auf europäischen Druck hin unternommen werden. Es ist also - gerade nach dem jüngsten Entgegenkommen - nicht mit einer Änderung der Rechtsauffassung in anderen Fragen wie zum Beispiel bei der rechtlichen Qualifikation der Steuerhinterziehung zu rechnen" so Schwab weiter.

Ob das Reformpaket den Steuerstreit mit der EU tatsächlich beizulegen vermag, wird sich noch weisen. "Mit einem allfälligen Referendum könnte das Ganze verworfen werden. Die EU sollte sich hüten, den Reformwilligen in der Schweiz das Leben schwer zu machen, indem sie weiterhin in der bisherigen Weise Forderungen aufteilt. An einer Verhärtung der Fronten können beide Seiten kein Interesse haben". Insofern sei die positive Reaktion der letzten Tage seitens der EU begrüßenswert.

Es sei klar, dass ein Dialog über Steuerthemen auch in Zukunft stattfinden müsse. Weitere Fortschritte zu beiderseitigem Vorteil seien aber langfristig nur mit Verhandlungen auf Augenhöhe und Respekt vor der Eigenständigkeit beider Seiten erreichbar. "So gesehen stellt dieses Entgegenkommen der Schweiz eine Chance dar, die Steuerdiskussion wieder auf eine sachlichere Ebene zu führen", meint Schwab abschließend.

**Für weitere Informationen:**

**Büro Dr. Andreas Schwab, MdEP, Tel.: +32 - 2 - 2837938**